

16.3.2006

# Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



VER.DI IM STREIK

## 38,5-Stundenwoche verteidigen!

Die ver.di-KollegInnen stehen seit 5 Wochen im Streik und viele fragen sich, um was geht es eigentlich?

Stoiber hetzte am größten Stammtisch der Welt in Passau gegen die Kollegen, die die 38,5-Stundenwoche verteidigen wollen. Eine Zeitung titelte dummdreist: Erhöhen die Müllhaufen auf den Straßen die Gefahr der Vogelgrippe? Prompt wird ein verendeter Schwan in Mannheim gefunden. Arbeiten die Öffentlichen Arbeitgeber mit allen Mitteln?

### Ein Tarif für Durchblicker

Der Tarifabschluss vom März 2005 gilt nur in Bund und Kommunen. Die Länder (soweit sie nicht bereits aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten sind) haben einseitig gekündigt und befinden sich in einem tariflosen Zustand.

In Bayern muss also derzeit 42 Stunden gearbeitet werden, Urlaubs- und Weihnachtsgeld soll gekürzt werden. Neue Ein-

Fortsetzung auf Seite 2



IRAN:

## Stoppt die Kriegstreiber hier im Land!

Die Bundesregierung, ob CDU-Kanzlerin Merkel oder der SPD-Außenminister Steinmeier, tut sich gerade damit hervor, die Drohungen gegen den Iran zu verschärfen. Offiziell geht es darum, Iran am Bau der Atombombe zu hindern. Sollte die Regierung in Teheran nicht doch noch einlenken und der eigenständigen Anreicherung von Uran abschwören, will Merkel in scheinbarer Einmütigkeit mit dem US-Präsidenten die Sache vor den UN-Sicherheitsrat bringen.

### Heuchelei

Die antisemitischen Drohungen des iranischen Präsidenten gegen Israel, seine

Leugnung der millionenfachen Vernichtung der europäischen Juden während des deutschen Faschismus, benutzt Frau Merkel nun als weitere moralische Rechtfertigung. „Wir haben aus unserer Geschichte gelernt“ behauptete sie auf der Sicherheitskonferenz in München und „gerade deshalb ist Deutschland aus meiner Sicht dazu verpflichtet, den Anfängen zu wehren...“ (SZ 14.2.06). Was für eine Heuchelei! Wer wehrt denn bitte schön hierzulande den Anfängen? Wo sind denn die Gesetze, um Faschistenaufmärsche zu verbieten? Wo bleiben die Anweisungen an die Staatsgewalt, diese durchzusetzen, anstatt die Gegendemonstranten mit Gewalt daran zu

hindern, sich den Faschisten mit ihren rassistischen und antisemitischen Parolen entgegenzustellen? Es wurde in diesem Staat in den letzten Jahren ein so genanntes Antiterror-Gesetz nach dem anderen verabschiedet. Islamische oder einfach arabische Menschen werden damit unter Generalverdacht gestellt. Doch wo bleibt das Verbot z.B. der NPD? Es wird der Rassismus geschürt, antisemitische und faschistische Haltungen geduldet, statt irgendwelchen Anfängen zu wehren.

Und selbstverständlich nimmt sich dieser Staat das Recht heraus, in dem For-

Fortsetzung auf Seite 6

Tarifrunde in der Metallindustrie:  
Die Bataillone stehen! ..... 3

MAN: Kosten senken oder 1.000  
Euro pro Monat für jeden ..... 3

Sieg oder Niederlage? Zu den  
Kämpfen bei AEG und Infineon .. 4

Fortsetzung von Seite 1

VER.DI IM STREIK

### 38,5-Stundenwoche verteidigen!

stellungen gibt es nur noch auf dieser Basis. Stoiber will auf diese Art 11.000 Kollegen entlassen - von wegen „sichere Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst“!

Das Ziel von ver.di ist: Bayern muss wieder in den Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVÖD) mit der 38,5 Stunden-Woche reingezwungen werden, wie er bei den bei Kommunen im Westen gilt! (Im Osten gilt bereits die 40-Stunden-Woche.)

Wenn ver.di in den Ländern schlechter als der TVÖD abschließt, tritt die „Meistbegünstigungsklausel“ aus dem Abschluss 2005 in Kraft: Die Kommunen, die

jetzt 38,5 Stunden haben, können automatisch das schlechtere Ergebnis übernehmen.

Eine höhere Arbeitszeit bei den Landesbeschäftigten würde also dazu führen, dass sich auch die Arbeitszeit bei den kommunalen Arbeitern und Angestellten erhöht. In der Folge können Hunderttausende Kollegen betroffen sein, deren Arbeitsverträge sich am öffentlichen Dienst orientieren. Das sind die vielen privaten Sozialeinrichtungen wie Caritas usw.

### Es geht uns alle an!

Dieses Tarifgefüge aus 2005 stellt nun in Bayern die Kolleginnen und Kollegen der Theater, Bühnen, Kliniken, Unis und Straßenmeistereien an die vorderste Front gegen eine drastische Erhöhung der Ar-

beitszeiten, denn nur die Beschäftigten des Landes können streiken.

Bisher waren in 9 Ländern über 30.000 Kollegen im Streik. Es sind die, die für uns das ganze Jahr unauffällig ihren Dienst tun, ob auf der Straße, hinter den Kulissen oder im Krankenhaus, die nun für ihre Arbeitsbedingungen kämpfen müssen. Wird die 42 Stundenwoche dort eingeführt, beeinflusst das auch die Arbeitszeit im ganzen Land, in allen Branchen.

Unterstützt also die Kolleginnen und Kollegen, stellt euch auf ihre Seite gegen die Hetze der Politiker und in den Medien. Macht klar, dass ihr Kampf auch unser aller Kampf ist!

krr

### Streik wird fortgesetzt!

#### Finanzminister Faltlhauser belügt die Bevölkerung!

Die Demonstrationen kamen am Freitag, 10.3., aus drei Richtungen zur Staatskanzlei. An der Spitze eines Zuges Polizeibeschäftigte. Nicht um den Verkehr zu sichern, sondern um die Wut gegen ihren obersten Dienstherrn Stoiber zum Ausdruck zu bringen. Politessen und die Beschäftigten der Kfz-Werkstätte folgten dem Streikaufruf der Gewerkschaft der Polizei (GdP).

Mit den anderen Protestzügen rücken Streikende des Klinikums rechts der Isar, der Universitätskliniken Innenstadt und Großhadern, der vier Staatstheater, der Universitäten und der Autobahnmeistereien an. Für viele war es der 26. Streiktag in Folge.

Heinrich Birner, Geschäftsführer von ver.di-München, kritisierte vor den über 1.000 Kundgebungsteilnehmern Stoibers Absicht, 11.000 Planstellen dauerhaft streichen zu wollen. „Stoiber ist der größte Arbeitsplatzvernichter in ganz Bayern“, schimpfte Birner.

Mit Finanzminister Faltlhauser geht Michael Wendl, stv. Landesleiter von ver.di-Bayern, hart ins Gericht. Er bezichtigte ihn der Lüge, weil er im Bayerischen Fernsehen (9.3.) behauptete, wegen des Streiks seien im Universitätsklinikum Würzburg krebserkrankte Menschen abgewiesen worden.

Wendl dazu: „Das ist erstunken und erlogen, Herr Faltlhauser.“ Ganz im Gegenteil, ver.di hat mit der Klinikleitung eine sehr weitgehende Notdienstvereinbarung getroffen.

Für den Fall, dass es bei dem heutigen Spitzengespräch (10.3.) keine Einigung gibt, ließ Heinrich Birner die Streikenden von GdP und ver.di symbolisch abstimmen. Die Antwort erfolgte im einstimmigen Chor direkt vor der Staatskanzlei: „Wir machen weiter!“. „Für mich gibt es nicht den geringsten Zweifel, wenn die Verhandlungen heute platzen, werden wir den Streik fortsetzen“, so Birner.

(aus: Medieninformation des ver.di-Bezirks München vom 10.03.2006)





## METALL - TARIFRUNDE

# Die Bataillone stehen!

„Es läuft wirklich supergut. Wir kämpfen bei uns schon seit Monaten gegen Kostensenkungen von 20 Prozent – da ist die Stimmung in der Belegschaft sowieso schon angeheizt. Wir bekommen sicher deshalb auch Zuspruch von den Kollegen aus allen Bereichen des Unternehmens. Auch für die Betriebsratswahl lassen sich die Argumente der Tarifrunde sehr gut nutzen. Die Bataillone stehen – Ende März kann es losgehen.“ Athanasios Stimoniaris, Betriebsrat bei MAN München (in direkt 4/2006, Info-Dienst der IG Metall).

Bei Porsche in Stuttgart streikten am 7.3. mehrere Tausend Kollegen gegen die Abschaffung der Steinkühlerpause (5 Mi-

nuten Erholzeit + 3 Minuten Verteilzeit pro Stunde für jeden Bandarbeiter). Die soll nach dem Willen der Metallkapitalisten in

dieser Tarifrunde gestrichen werden. Wer schon mal in einer Automobilbude war, weiß, was das heißt. Auch bei DaimlerChrysler in Sindelfingen gingen die Kollegen deswegen auf die Straße. Dabei wurde bekannt, dass die Vorstandsbezüge der DC-Bosse wieder gestiegen sind.

Kannegießer, „Präsident“ von Gesamtmetall, behauptet, Warnstreiks erschweren den Tarifabschluss. So wie die sich das vorstellen, ganz bestimmt! Dann braucht die IG Metall nur mehr den Wisch von den Unternehmern unterschreiben. Von denen gibt es bisher, nach 2 Verhandlungen, nur das 1,2-Prozent-Angebot. Außerdem ist der Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen gekündigt worden, nach 30 Jahren. Auch die gilt es zu verteidigen! Egal, was damit die Kapitalisten und Banken machen, das haben wir sowieso nicht in der Hand. Aber es war doch ein warmer Regen alle 5 Jahre.

Auf keinen Fall dürfen wir eine Laufzeit über ein Jahr hinaus zulassen. Kannegießer spricht von 24 Monaten, wir aber brauchen nach der Mehrwertsteuererhöhung eine neue Tarifrunde!

Am 28. März nach Mitternacht gehen die Aktionen los. Kollegen, geht raus für eure Löhne – den Kannegießers, DC-, MAN- und allen sonstigen Kapitalisten und Meinungsmachern zum Trotz! *krr*

## MAN:

# Tausend Euro pro Monat ...

... für jeden der weltweit 62.000 MAN-Kolleginnen und Kollegen.

Nehmt einen Taschenrechner zur Hand und teilt 765 Millionen durch 62.000 arbeitende Menschen und nochmals durch 12 Monate: ergibt 1.028 Euro für jeden!

Das wär's doch, oder? Ist es aber nicht. Denn die MAN-Gruppe gehört nicht den Arbeiterinnen und Arbeitern, sondern einigen wenigen Aktionären.

Und somit landet der Profit nicht bei denen, die ihn schaffen, sondern bei denen,

die die MAN besitzen.

62.000 Menschen erarbeiteten 2005 einen Umsatz von 14.955 Millionen Euro, also knapp 15 Milliarden. Nach Abzug aller Kosten für Löhne und Material bleiben 765 Millionen. Die Kapitalisten nennen das „operatives Geschäft“. Diese 765 Millionen teilen sich die MAN-Aktionäre (Dividende), die Banken (Kreditzinsen und Rücklagen), die Versicherungen (Rentenfonds) und andere Teile der Kapitalistenklasse. Einiges davon zahlen sie auch als Steuern an ihren Staat.

Und was meint Hakan Samuelsson: Das ist alles noch zu wenig! Jeder „Mitarbeiter“ und jede „Mitarbeiterin“ solle auch noch 3 Stunden pro Woche mehr arbeiten, unentgeltlich versteht sich. Dann wäre er so freundlich und würde auch die Arbeitsplätze garantieren. So machte er letztes Jahr im Sommer Druck. Gut, dass der Betriebsrat und die IG Metall nicht eingeknickt ist wie in vielen anderen Betrieben. Jetzt zeigt es sich, dass sie recht damit taten.

Aber Samuelsson und Co. werden ihr Erpresserspiel wieder neu auflegen. Denn der Profit kann für sie gar nicht hoch genug sein. *H.M.*

## MAN-Samuelsson: Kosten senken!

Einsparungen soll vor allem die Produktion an günstigeren Standorten in Polen und der Türkei bringen. In der Nähe von Krakau errichtet MAN zurzeit ein neues Montagewerk, das Mitte kommenden Jahres in Betrieb gehen soll. Produktionsverlagerungen und Kooperationen sollen MAN helfen, die für das nächste Jahr angepeilte Umsatzrendite von sechs Prozent zu erreichen.

Um auch nachhaltig profitabel zu sein, seien langfristig jedoch flexiblere Kostenstrukturen notwendig, so Samuelsson. Wettbewerber wie Scania hätten gegenüber MAN Kostenvorteile von bis zu 20 Prozent: „Wir müssen unsere Kosten senken können, und uns mehr anpassen, weil wir unsere Ziele über die Konjunkturzyklen hinweg einhalten müssen.“ Der Manager geht davon aus, dass MAN künftig verstärkt Arbeitsplätze außerhalb Deutschlands schaffen wird. „Ich glaube, dass MAN in den nächsten zehn Jahren deutlich internationaler sein wird“, sagte er.

(aus: Financial Times Deutschland, 6.3.2006)

## Aufdrähl-Quiz

„Ich frage mich immer, warum man junge Menschen, die Familie haben, mit sechs Wochen Urlaub beglückt, wenn sie nicht mal das Geld haben für eine Woche.“  
Wer war das?

- A) Arbeitgeberpräsident Hundt
  - B) Ministerpräsident Stoiber
  - C) Infineonboss Ziebart
  - D) Deutschbanker Walter
- Auflösung Seite 7

ZU DEN ARBEITSKÄMPFEN BEI INFINEON UND AEG

## Sieg oder Niederlage ?

**Die Illusion, die Arbeiter könnten durch Verzicht und die Aufgabe tariflicher Rechte das Kapital zum Bleiben bewegen, ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Zum einen brechen die Unternehmensleitungen offen oder indirekt die Abmachungen zur Arbeitsplatzsicherung, wie z.B. bei Daimler, Philips und VW, wo Massenentlassungen trotz sog. Beschäftigungssicherungsabkommen durchgeführt wurden oder angekündigt sind. Zum andern reicht dem Kapital das Verzichtsangebot der Belegschaften nicht, wie bei Infineon und AEG.**

**Die Kolleginnen und Kollegen reagierten mit Wut und Empörung, waren bereit sich zu wehren, zu streiken.**

Diese Arbeitskämpfe erreichten eine neue Qualität. Die IG Metall forderte einen Sozialtarifvertrag, was es möglich machte, gegen die geplante Werksschließung und Verlagerung zu streiken. Denn nach dem deutschen Streikrecht sind tarifliche Forderungen die einzige legale Möglichkeit, zum Streik aufzurufen, nicht gegen Entlassungen.

Das Ergebnis, das so erreicht wurde, kann sich sehen lassen: die Höhe der Abfindungen konnte enorm gesteigert werden, bei Infineon von 0,7 auf 1,3 und bei AEG von 0,7 auf 1,8 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr (dies bedeutet allerdings bei Kollegen, die nur zehn bis fünfzehn Jahre im Betrieb sind und als Bandarbeiter einen niedrigen Lohn haben, gar nicht so viel, zumal dann noch die Steuer abgezogen wird). Es wurde so eine bessere soziale Abfederung erreicht, eine Transfergesellschaft soll ein Jahr lang die Arbeitssuche erleichtern und die Erwerbslosigkeit hinauszuögern.

Aber: das Ziel der Beschäftigten war es, ihren Arbeitsplatz zu erhalten, zumindest ein paar Jahre. Sie gingen mit der Losung in den Kampf „Wir bleiben hier!“

Auch die IG Metall trug diese Forderung mit. Nach den Verhandlungen stellte sie fest: mehr war nicht drin! Ein Kollege bei AEG kritisierte allerdings, dass der Streik gerade dann abgebrochen wurde, als er „Wirkung zeigte und sogar in Polen wegen unseres Ausstands die ersten Bänder stehen blieben“ ( aus Junge Welt vom 6.3.06).

Die Kolleginnen und Kollegen waren frustriert und enttäuscht. Sie sahen aber keine Alternative und stimmten deshalb für das Verhandlungsergebnis.

Es ist schwierig, nachträglich zu beurteilen, ob mehr rauszuholen gewesen wäre bei einer Fortführung des Streiks. Der massive Einsatz von Streikbrechern wäre zu erwarten gewesen, zumindest bei Infineon war er bereits vorbereitet. Eine Besetzung des Werks, die das vielleicht hätte verhindern können, wurde von den Belegschaften nicht in Erwägung gezogen. Und auch dann wäre ein besseres Ergebnis nicht sicher gewesen. Trotzdem müssen wir über solche Kampfformen nachdenken.

Die IG Metall mobilisierte große So-

lidarität von Betrieben aus ganz Süddeutschland, das war neu und positiv, anders als die Belegschaft von Opel Bochum streikte. Das ermutigte die Kollegen, aber es war nicht ausreichend.

Der Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, bringt die Forderung nach einer Verlagerungsabgabe ins Gespräch. Auch sollen die Unternehmer den Länderregierungen eventuell gezahlte Fördergelder in Zukunft zurückzahlen müssen. Auch das ist richtig und zu unterstützen – aber die Arbeitsplätze werden dadurch nicht gerettet.

Die IG Metall hat auf jeden Fall keine Strategie zu diesen Problemen entwickelt, die greift. Was ist zu tun? Sind wir wirklich hilflos dem Kapital ausgeliefert?

Sicher ist, dass der Kampf einzelner Belegschaften unter den geschilderten Bedingungen nur schwer zum Erfolg führen kann. Bei den Angriffen auf die Arbeitszeit ist ein anderes Vorgehen der IG Metall leicht denkbar und liegt auf der Hand: Arbeitszeitverlängerung ist für die gesamte Branche zurückzuweisen. Nur beim Flächenstreik können wir genügend Druck auf die Unternehmer ausüben. Wir müssen statt Verlängerung der Arbeitszeit, die die Arbeitslosigkeit noch verschlimmert, wieder die Verkürzung der Arbeitszeit auf die Tagesordnung setzen. Bei Betriebsschließungen liegt die Lösung nicht so leicht auf der Hand. Aber auch hier muss die öffentliche Aufmerksamkeit über die Stadt und das Land Bayern hinausgehen, muss das Thema zum politischen Skandal in der ganzen BRD gemacht werden. Zum einen ist anzuprangern, dass mit unsern Steuergeldern die Verlagerung für die Unternehmer lukrativ gemacht wird. Zum andern müssten die Streikenden und die IG Metall, um Druck auszuüben, den Kampf bei noch mehr Belegschaften publik machen. Der Streik im Öffentlichen Dienst hätte gute Möglichkeiten dazu geboten.

Schauen wir ins Ausland, finden auch dort ähnliche Auseinandersetzungen statt. So konnte die Schließung des Nestlé-Werks in Marseille verhindert werden durch einen zweijährigen Kampf mit Besetzung und Blockaden (um eine Lagerräumung zu verhindern). Die Mehrheit der Bevölkerung stand hinter dem Streik. Außerdem besteht in Frankreich ein Gesetz, das für den Fall einer geplanten Stilllegung die Suche nach einem Käufer vorschreibt. Nestlé versuchte natürlich, dieses Gesetz zu umgehen – aber für die Belegschaft war es eine Chance, die sie erfolgreich nutzte.

Die französischen Kollegen hatten also zwei Vorteile: zum einen das erwähnte Gesetz und vor allem ein allgemeines Streikrecht, das auch bei Entlassungen und politischen Forderungen (z.B. für bessere Gesetze) greift. Und das müssen wir uns erst



Streikposten vor dem AEG-Tor 4: Die Stimmung ist gut. Diskutiert wird die Aussage von Konzernchef Hans Straberg: „Die Verlagerung von AEG ist eine Überlebensfrage.“

wieder erobern. Erreicht durch die Novemberrevolution 1918 bestand ein politisches Streikrecht in der Weimarer Republik von 1918 bis 1933, d.h. in der Zeit vor dem Faschismus, auch in Deutschland. Auch in den ersten Nachkriegsjahren war es unbestritten. Der ehemalige Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, inzwischen wieder als Arbeitsrechtler tätig, weist darauf hin, dass wir Rechte nur bekommen, indem wir sie uns nehmen: ein umfassendes Streikrecht bekommen wir nur wieder durch Streikmaßnahmen.

Auch die Forderungen von betroffenen Kolleginnen und Kollegen, dass Entlassungen bei wirtschaftlich gesunden Betrieben verboten werden müssen, oder die Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung bei Verlagerungen oder gleich nach Enteignung (wie das Transparent: „Manager einsperren - Infineon enteignen“) sind Dinge, die erst einmal durchgesetzt werden müssen. Denn sie alle sind Forderungen, die das Eigentumsrecht der Kapitalisten berühren – und es gibt keine Regierung der BRD, die das bisher angerührt hätte. Und selbst die linke Regierung könnte es ohne unsern Kampf nicht durchsetzen.

Ministerpräsident Stoiber hat schon Recht, wenn er fürchtet, dass im Fall AEG „ganz grundsätzlich die Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung bei den Menschen“ auf dem Spiel steht. Dass ihm das nur bei AEG, im Eigentum des schwedischen Electrolux-Konzerns, auffällt und nicht z.B. bei Infineon, Tochter des ehrenwerten deutschen Konzerns Siemens, zeigt nur den Versuch, eventuelle Erkenntnisse der Arbeiter in nationalistische Bahnen zu lenken. Doch es sind nicht Auswüchse ausländischer Unternehmen oder Münterferings „Heuschrecken“, die rücksichtslos ganze Belegschaften Hartz IV und damit einem Leben auf Sozialhilfeniveau ausliefern. Es ist der ganz normale Wahnsinn. Für die Unternehmer sind wir alle nur Kostenfaktoren und ihren Profit schneiden sie sich **alle** aus unseren Knochen.

*Gwendolin*



### **Electrolux und die EU**

Unsere Politiker wollten uns in der Vergangenheit und versuchen es auch heute noch, von den Vorteilen der EU überzeugen. Gerade im Fall Electrolux zeigt es sich ganz deutlich, in wessen Interesse die EU-Administration handelt: Unsere Steuergelder werden den Kapitalisten in den Rachen geworfen, um Fabriken in so genannte Billiglohnländer innerhalb der EU zu verlagern beziehungsweise neue zu errichten. Bei der Einverleibung der DDR waren die deutschen Konzerne die größten Nutznießer. Dass wir unseren Arbeitsplatz verlieren und ziemlich bald bei Hartz IV landen, stört die Aktionäre dabei nicht. Ihnen geht es einzig und allein um den Profit und sonst gar nichts. Ihnen ist es auch egal, ob sie deutsche, polnische, afrikanische oder andere Arbeiter ausbeuten. Den Profit, ob durch Zuschüsse von der EU, Rationalisierung oder verschärfte Ausbeutung zu erhöhen ist die alleinige Maxime ihres Handelns. Das machen die schwedischen Kapitalisten genauso wie die deutschen. Kapital und Profit sind international. Und sie können so lange schalten und walten, wie sie die Arbeiter unterschiedlicher Nationalität gegeneinander ausspielen, aufeinander hetzen können. Der Feind ist nicht „der“ Pole, der Feind ist das Kapital, ein gesellschaftliches Verhältnis, in dem ein paar Wenigen alles gehört, und die die Masse für sich schufteten lassen. Und denken wir daran: Wer hat die polnische Industrie platt gemacht, Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet, die meisten Polen zu Bettlern im eigenen Land gemacht? Vorne dran waren die deutschen Konzerne aus Bank, Handel und Industrie, die nicht genug von Freiheit statt Sozialismus schreien konnten und denen heute ganz nebenbei die wichtigsten Banken, die Werke, die Handelsketten bis hin zur Telekommunikation und der Presse gehören.

Fortsetzung von Seite 1

IRAN:

### **Stoppt die Kriegstreiber hier im Land!**

schungsreaktor in Garching Uran anzureichern und somit die Möglichkeit, waffentaugliches Plutonium herzustellen. Herr Scholz, während der Kohl-Regierung Verteidigungsminister und in derselben Partei wie Frau Merkel, will denn gerade auch „ernsthaft diskutieren“, ob Deutschland nicht eigene Atomwaffen braucht (www.bild.t-online.de, 25.1.06). „Wir“ dürfen das ja, „wir“ sind ein zivilisiertes Land, andere sind das nicht – schon das ist purer Rassismus.

### **Traditionell gute Beziehungen**

Zivilisiert, wie unsere Herren nun mal sind, störte und stört es sie jedoch überhaupt nicht, mit den reaktionären Vertretern der herrschenden kleinen Klasse von Kapitalisten und Großgrundbesitzern des Iran Geschäfte zu treiben. So schreibt der Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer: „Deutschland war schon seit langem der wichtigste Wirtschaftspartner Irans. ... Der Iran hat inzwischen Saudi-Arabien als wichtigster Handelspartner im Mittleren Osten abgehängt.“ Den deutschen Unternehmen komme „aufgrund der besonderen Vertrauensstellung durch langjährige ausgeprägte Beziehungen beider Länder eine bedeutende Rolle zu.“ Und weiter berichtet der Herr Geschäftsführer, „dass deutsche Unternehmen durch zahlreiche bilaterale Abkommen besseren Schutz und Förderung genießen als andere Länder.“ (www.frankfurt-main.ihk.de, März 2005)

Kurzfristig unterbrochen wurden die

se guten Beziehungen 1941 während des Zweiten Weltkrieges, als sowjetische und britische Truppen im Iran einmarschierten. Der damalige Schah hatte sich mit der florierenden Exporttätigkeit des faschistischen deutschen Reiches immer mehr an die faschistischen Achsenmächte (Italien, Japan und Deutschland) angelehnt und den deutschen Konzernen den Ausbau des Post- und Bankwesens sowie der Verkehrsinfrastruktur übertragen. Persien benannte er 1935 per Dekret in Iran um, was übersetzt „Land der Arier“ bedeutet. Doch über dieses Kapitel der guten deutsch-iranischen Beziehungen schweigt sich der Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer aus.

Als wäre nichts gewesen, konnte z.B. Siemens 1954 seine Tätigkeiten im Iran fortsetzen und an dem Aufbau des Fernsprechnetzes profitieren. Mitte der 70iger Jahre begann dann die Siemenstochter KWU mit dem Bau des ersten iranischen Kernkraftwerks in Bushehr. In den 90iger Jahren folgte ein iranischer Großauftrag für Siemens über die Lieferung von Telefon-Kommunikationstechnik, 2004 ein Erweiterungsprojekt. Doch nicht nur für Siemens ist Iran ein nützlicher Absatzmarkt. Waren im Wert von ca. 4,5 Milliarden Euro, vor allem Maschinen, Kraftfahrzeuge, Metall- und chemische Erzeugnisse, wurden im letzten Jahr in den Iran geliefert, mehr als doppelt soviel als noch im Jahr 2001. „Linde, Daimler-Chrysler und VW gehören zu den prominenten Firmen mit einem Engagement im Iran“, wie die FAZ zu berichten weiß (FAZ.NET, 28.2.06).

Die guten deutsch-iranischen Beziehungen sollen nun auch dazu dienen, die großen iranischen Erdgasvorkommen zu

nutzen. Die deutsche Eon AG, nicht zuletzt durch Übernahmen im Zuge der EU-Osterweiterung und ihrer guten Beziehungen zur russischen Gazprom zu einem der weltweit größten Energiemonopole geworden, hat bereits Gespräche über den Bezug iranischen Erdgases aufgenommen.

### **Der Kampf um die Aufteilung der Welt**

Als US-Präsident Bush nach dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 Iran als Teil der „Achse des Bösen“ erklärte, war das dementsprechend ganz offensichtlich nicht im Interesse deutscher Monopole. Um das Zepter in die Hand zu bekommen, den deutschen Einfluss im Iran und damit im Nahen- und Mittleren Osten auszubauen, begann die deutsche Regierung im Bunde mit Frankreich und Großbritannien Verhandlungen mit dem Iran. Ziel ist es, wie es in der gewählten Sprache des Auswärtigen Amtes heißt, „den Sorgen der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich des iranischen Nuklearprogramms Rechnung zu tragen“. (www.auswaertiges-amt.de) Iran soll an einer eigenständigen Entwicklung der Atomkrafttechnik gehindert werden, dafür aber die Brennstäbe mit angereichertem Uran für eine zivile Nutzung der Atomkraft von den drei Staaten (wie bisher schon von Russland) geliefert bekommen – was auch besser für das Geschäft von Framatome ist, einem Zusammenschluss aus der Siemenstochter KWU und einem französischen Konzern. Was für eine Arroganz! Zwei Weltkriege hat der deutsche Imperialismus bereits vom Zaune gebrochen und nun tun seine Vertreter so, als wären sie der Garant für Frieden. Dabei wollen sie dem Iran



die technische Rückständigkeit diktieren, damit er weiter als Absatzmarkt für Monopole wie Siemens und als Rohstoffquelle für z.B. Eon zur Verfügung steht. Gegen diese diktierte Abhängigkeit sperrt sich aber bisher die iranische Regierung.

Gleichzeitig macht die US-Regierung mit ihren fortgesetzten Drohungen deutlich, dass sie nicht gewillt ist, den Iran, dieses große Land zwischen der Türkei und dem Irak einerseits und Afghanistan andererseits, dem deutschen Imperialismus im Bunde mit dem französischen und britischen zu überlassen – und schließt schon mal eine „strategische Partnerschaft“ mit dem Atomwaffen besitzenden indischen Staat. Das „Nein“ Schröders und Chiracs hat die US-Regierung nicht davon abge-

halten, den Irak zu besetzen und so ihren Einfluss durchzusetzen. Die neue Bundesregierung setzt nun wieder mehr auf ein Bündnis mit den USA – und verschärft den Ton gegenüber der iranischen Regierung. Das von den verschiedenen Bundesregierungen immer wieder erklärte unmittelbare Interesse der EU am Nahen und Mittleren Osten hat sich nicht geändert. Geändert hat sich die Taktik, es durchzusetzen.

#### Aus der Geschichte lernen

Es geht also Frau Merkel auch außenpolitisch nicht um den Kampf gegen Antisemitismus, für Menschenrechte und Demokratie. Letztendlich geht es nicht einmal um den vermeintlichen oder tatsächlichen Plan der iranischen Regierung, Atombom-

ben zu bauen. Es geht um die seit der Einverleibung der DDR und den Konterrevolutionen in Osteuropa und der Sowjetunion stattfindende Neuaufteilung der Welt. Es ist der alte Kampf zwischen den imperialistischen Staaten um Einfluss, Absatzmärkte und Rohstoffe, der die Konflikte verschärft und zunehmend kriegerisch ausgetragen wird – noch auf dem Rücken der Völker der abhängigen Staaten.

Es ist also höchste Zeit, dass wir, die Arbeiter und alle demokratischen Kräfte in diesem Land, aus der Geschichte lernen. Kämpfen wir hier gegen Antisemitismus und Rassismus und gegen die Kriegstreiberei der Herrschenden. Hände weg vom Iran!

gr



## Aufdraht-Quiz

### Auflösung:

**D** ist richtig. Das Einkommen von Norbert Walter bewegt sich im sechsstelligen Bereich. Sein Urlaubsanspruch ist Auf Draht nicht bekannt. Wir können aber sicher sein, dass er seine Freizeit angenehm verbringt.

Quelle: metall 12/05

## Aufdraht

Herausgeber:  
**DKP München und  
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung  
München**

Verantw. i. Sinne des Pressegesetzes:  
Hans Koller, Lothringer Str. 6,  
81667 München, Telefon 44 8 2 2 7 1  
Druck: Eigendruck im Selbstverlag  
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

**Die DKP im Internet:  
www: dkp-muenchen.de**

Irans Präsident Ahmadinedschad ist seit wenigen Monaten im Amt und für den Westen der Buhmann. Seine angeblichen Atomwaffenpläne, die Israel und den Westen bedrohen, sind der Vorwand für einen geplanten Angriff auf den Iran. Doch bereits im Dezember 2004, also lange vor dem Amtsantritt von Ahmadinedschad, veröffentlichte die Monatsschrift „Atlantic Monthly“ obiges militärisches Szenario.

**17. März, 19:30 Uhr**

**„Der Iran und der Konflikt mit dem Westen: Öl- und Machtinteressen im Nahen und Mittleren Osten“**

EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80  
mit Bahmand Nirumand,  
Journalist aus dem Iran

**INTERNATIONALER AKTIONSTAG**  
ZUM DRITTEN JAHRESTAG DES  
VÖLKERRECHTSWIDRIGEN ANGRIFFS AUF DEN IRAK  
**SAMSTAG 18. MÄRZ 2006**

um **14<sup>00</sup> Uhr** auf dem **Marienplatz**

**PROTESTKUNDGEBUNG**  
**GEGEN FOLTER, KRIEG UND BESATZUNG**

Es spricht:

**BAHMAN  
NIRUMAND**

Buchautor und Journalist  
aus dem Iran

Bahman Nirumand ist ein ausgewiesener  
Kenner zweier Kulturen. 1965 floh er vor  
dem Schah-Regime nach Westdeutschland.  
1979 kehrte er zurück, und musste drei  
Jahre später wegen seiner Kritik an den  
Mullahs erneut ins Exil gehen.

**STOPPT DEN  
DROHENDEN  
KRIEG  
GEGEN DEN IRAN**

Ab **15<sup>30</sup> Uhr FAHRRADDEMO**  
**GEGEN POLITISCHE VERFOLGUNG, FLÜCHTLINGSLAGER UND FOLTER**  
zur EU-Vertretung, zum US-Konsulat, Bayerischen Innenministerium und Münchner Polizeipräsidium

**AM VORABEND**

Freitag, **17. März** um **19<sup>30</sup> Uhr** im **EineWeltHaus**

**INFORMATIONSVORANSTALTUNG**  
mit **Bahman Nirumand**

EINTRITT:  
5.- Euro  
erm. 3.-  
Siehe auch  
auf Seite 3

Montag, **20. März**, **16<sup>00</sup> Uhr MAHNWACHE** am Marienplatz